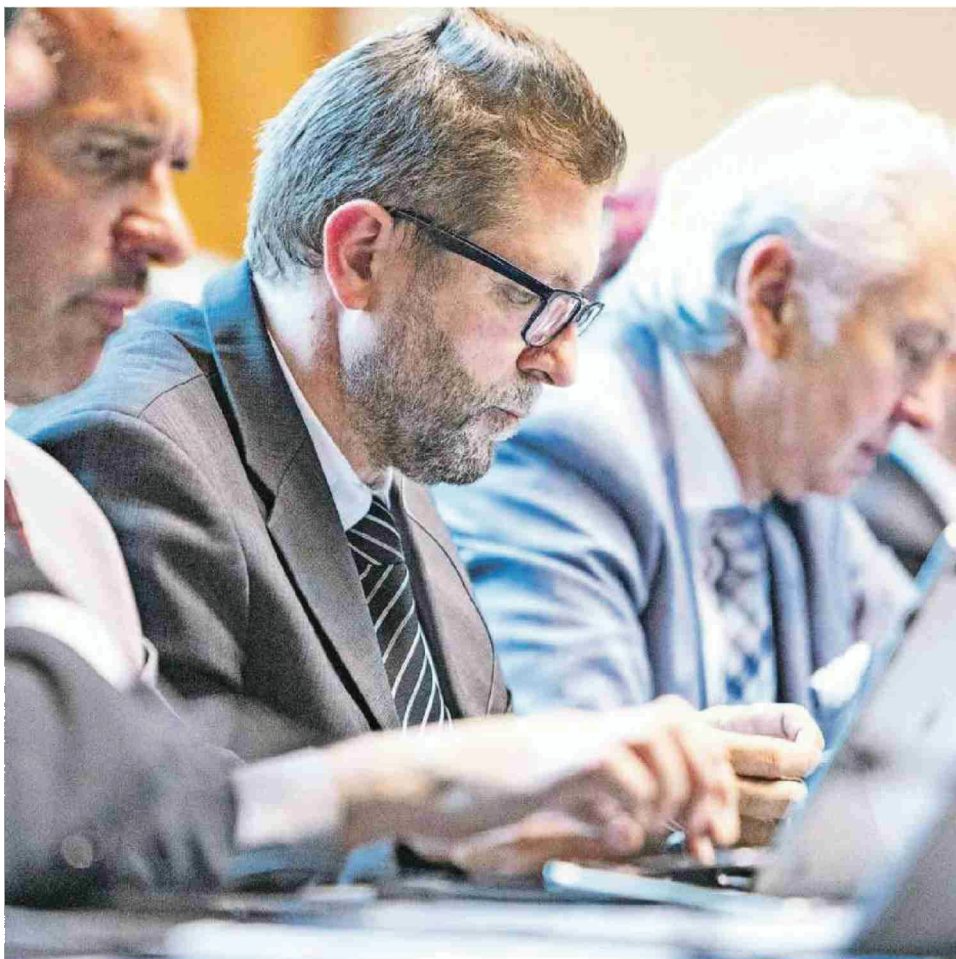


Grosser Rat | Das Parlament diskutiert die Rechnungen der Departemente

# Die Dauerbrenner

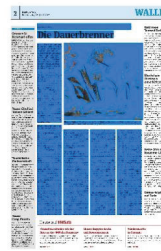
**SITTEN | Die Voten bei den Rechnungsdebatten sind alle Jahre mehr oder weniger die gleichen. Die ausserkantonalen Hospitalisierungen, die Asylokosten, die Sozialhilfe, die schlechten Walliser Strassen oder der Dossierstau beim Kantonalen Bausekretariat sind beliebte Themen.**

Die Rechnung des Departementes für Gesundheit, Soziales und Kultur weist einen Fehlbetrag von knapp vier Millionen Franken aus, bei einem Gesamtaufwand von gut einer Milliarde Franken ist das praktisch eine Punktlandung. Thema bleiben die ausserkantonalen Spitalaufenthalte, die 2017 rund 60 Millionen Franken kosteten. Martin Kalbermatter (CSPO) warnt wie die meisten anderen Fraktionen vor weiteren Steigerungen: «Neben der Qualität der Leistungen muss auch das Sprachenproblem endlich gelöst werden.» Es gibt eine Studie, die zeigt, dass ausserkantonale Hospitalisierungen vor allem auf Anraten des Hausarztes oder von Freunden und Bekannten erfolgen.



**Über 50 Fonds.** CVPO-Grossrat Guido Walker (Mitte) zeigte sich erstaunt über die hohe Anzahl von Spezialfonds und warnte vor neuen Begehrlichkeiten.

FOTO WB/ANDREA SOLTERMANN



## (K)eine Verschleuderung von Steuergeldern

Auch die Subventionierung der Krankenkassenprämien, der Sozialhilfe und die Asylkosten werden von mehreren Rednern angesprochen. Wie die FiKo verlangt auch das Parlament, dass die Asylbewerber bei Krankenkassen versichert werden, deren Prämien tiefer als die kantonale Durchschnittsprämie sind. Die vom Bund überwiesene Pauschale für die Beherbergung deckt die Miet- und Nebenkosten nicht. Die nicht vom Bund gedeckten Kosten beliefen sich auf 1,9 Millionen Franken. Die SVPU spricht im Zusammenhang mit den Sozialkosten und dem Asylwesen gar von einer «Verschleuderung der Steuergelder». Mischa Imboden (CVPO) etwa stellt die Frage, ob es noch ein Büro für Gleichstellung brauche.

Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten stellt fest, dass das Parlament «im Grossen und Ganzen zufrieden ist». Die Rechnung weicht nur ein halbes Prozent vom Budget ab. Da könne man nicht von einer Verschleuderung von Steuergeldern sprechen, widersprach die Staatsrätin der SVPU. Die ausserkantonalen Hospitalisierungen haben stark zugenommen. «Es muss künftig ein höherer Betrag budgetiert werden», fordert Waeber-Kalbermatten. Wie beim Spitalwesen muss das Departement auch im Asylbereich mit Prognosen arbeiten. Ein Anstieg oder ein Rückgang der Asylgesuche hänge wesentlich von der weltpolitischen Lage ab. Und auf diese hat die Walliser Regierung nun mal wenig Einfluss...

## Mittlerweile gibt es mehr als 50 Fonds

Bei der Rechnung 2017 des Departements für Finanzen und Energie will die Linksallianz Auskünfte zu den Wasserzinsen, zur Umsetzung des Energiegesetzes und auch zur Strategie der Walliser Energiegesellschaft FMV. Diese, so Grossrat Gilbert Truffer, setze zu stark auf die Wasserkraft. Wie bereits bei der Eintretensdebatte haben die Fraktionen unterschiedliche Ansichten über die künftige Finanzpolitik.

Die PLR etwa ist erfreut, dass man jetzt gut aufgestellt ist für die Unternehmenssteuerreform. Die Grünen kritisieren die schleppende Umsetzung der Projekte bei der Umsetzung im Energiebereich. Es fehlt an Zielvorgaben und Anreizsystemen, offenbar auch an Personal. Staatsrat Roberto Schmidt bestätigt dies. Er wünscht sich auch mehr Tempo, «kann aber Personal nur im Rahmen des Budgets beantragen». Mittlerweile arbeitet man auf Mandatsbasis mit der HES-SO Wallis zusammen. Bei den Wasserzinsen verspricht Schmidt, dass man «dranbleibt» und die FMV auch bei den neuen erneuerbaren Energien aktiv bleiben.

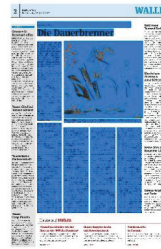
Die Walliser Staatsrechnung 2017 schloss mit einem Cashflow von 209 Millionen Franken ab. Ohne die Speisung von Spezialfonds wären es fast 400 Millionen Franken geworden. Einzig Guido Walker (CVPO) wundert sich über die Vielzahl von Fonds: «Da sieht man vor lauter Bäumen bald den Wald nicht mehr. Und das weckt Begehrlichkeiten.»

Staatsrat Schmidt teilt Walkers Befürchtungen. Mittlerweile gibt es laut Schmidt über 50 Fonds. Wie wenig Zündstoff insgesamt in der Diskussion ist, zeigt sich darin, dass sogar die SVPU viel Lob für den Finanzminister hat.

## «Ein schwarzes Jahr für mein Departement»

Beim Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt kritisiert man vor allem die nicht ausgeschöpften Budgetmittel. Fast alle Fraktionen fordern mehr Flexibilität. Etwa dann, wenn ein Projekt wegen Einsparungen blockiert ist. Ein altbekanntes Problem. Einfache Lösungen gibt es laut Staatsrat Jacques Melly aber nicht, weil man sich im Gegensatz zur Privatwirtschaft an gesetzliche Vorgaben halten muss. Das Geld etwa beim Autobahnbau sei aber nicht verloren, werde einfach später investiert. Beim Riedberg-Tunnel kommt man jetzt pro Tag einen halben Meter voran, in Raron gabs ebenfalls eine Einsparung: «2017 war ein schwarzes Jahr für das Departement.» Ein Grossteil der Kantonsstrassen ist laut Melly tatsächlich in keinem guten, aber nur wenige sind in einem katastrophalen Zustand. Man will jetzt langfristige Lösungen finden.

Das Kantonale Bausekretariat ist mit der Bearbeitung von Baugesuchen im Rückstand und derzeit oft nicht in der Lage, die Gesuche termingerecht zu bearbeiten. Auch beim Verwaltungs- und Rechtsdienst harzt es. Staatsrat Jacques Melly anerkennt, dass es einen Dossierstau gibt. Er



verspricht eine Aufstockung des Personals und hofft, dass das Parlament ihm dann auch folgen wird. Es gibt aber auch grosse, aufwendige Dossiers, beispielsweise das Dossier der Gemeinde Bagnes, der neue Richtplan oder die Zweitwohnungsgesetzgebung. **hbi**